

Wie «wokeness» die Welt arm macht

Was als Achtsamkeit gegenüber Benachteiligten begann, ist zur Gesinnungsherrschaft geworden. Die Wirtschaft wird zersetzt durch ideologische Vorgaben der Linken.

Allen Mendenhall



Lärm, Kämpfe, Wut.

Was ist *woke*? «Es ist ein wichtiger Teil der Gesellschaft, ob es einem gefällt oder nicht», sagte der Autor und Lexikologe Tony Thorne kürzlich im Gespräch mit David Remnick von *The New Yorker*. Das ist eine Untertreibung. *Wokeness* vergiftet die westliche Arbeitswelt und schränkt Klein- und Familienbetriebe, mittelständische Banken und Unternehmer ein, während sich mächtige Konzerne und Milliardäre bereichern. Sie zerfrisst das kapitalistische Ethos und zersetzt die von unten nach oben angelegten Formen der wirtschaftlichen Ordnung und des Austauschs, die den Vereinigten Staaten von Amerika im 19. und 20. Jahrhundert derartigen Wohlstand gebracht haben.

Wokeness infiziert die junge Generation Z sowie die Millennials, denen es nicht gleich gut geht wie ihren Eltern und Grosseltern, die zu Depression und innerer Kündigung neigen, sich isoliert und allein fühlen, obwohl sie eine in der Menschheitsgeschichte noch nie erlebte technologische Vernetzung geniessen.

Wie wirkt *wokeness* genau auf die Gesellschaft? Der Begriff, wie er heute allgemein verwendet wird, hat eine andere Bedeutung als früher. *Woke*, anspielend auf den afro-amerikanischen Sprachgebrauch, bedeutete ursprünglich «wach sein gegenüber» oder

«sich bewusst sein», vor allem mit Blick auf soziale und rassische Ungerechtigkeiten. Dann wurde der Begriff auf immer mehr Themen angewandt, und heute reicht das Spektrum vom Klimawandel über Waffenkontrolle, LGTBQ-Rechte, häusliche Gewalt, sexuelle Belästigung bis hin zur Abtreibungsfrage.

Für Schwarze schädlich

Der Ausdruck *woke* wird von seinen Kritikern vor allem in abfälliger Weise verwendet. *Woke* ist der Nachfolger der Political Correctness, eines Sammelbegriffs, der aus Sicht der Gegner eine ganze Reihe linker Steckenpferde lächerlich macht. Carl Rhodes schreibt im Buch «Woke Capitalism», *woke* habe sich gewandelt «von einem politischen Appell zur Selbsterkenntnis durch Solidarität angesichts massiver Rassenungerechtigkeit hin zu einer Identitätsmarkierung für Selbstgerechtigkeit».

John McWhorter, ein schwarzer Linguist, argumentiert in «Woke Racism», *wokeness* habe religiösen Charakter, sei unbeabsichtigt und inhärent rassistisch und für Schwarze schädlich. Er schreibt, dass «Weisse, die sich als unsere Retter bezeichnen, Schwarze wie die dümmsten, schwächsten und selbstgefälligsten Menschen in der Geschichte unserer Spezies

aussehen lassen». Bücher wie «The Dictatorship of Woke Capital» von Stephen R. Soukup und «Woke, Inc.» von Vivek Ramaswamy beleuchten die ruchlose Seite des *wokeness* in grossen Unternehmen, dies vor allem mit Blick auf Vermögensverwaltung, Investitionen und Finanzdienstleistungen.

Wokeness, sowohl im positiven als auch im abwertenden Sinne, beruht auf dem Glauben an systemische oder strukturelle Kräfte, die Kultur und Verhalten bestimmen. Die Begriffe «struktureller Rassismus» oder «systemischer Rassismus» insinuiert, dass auch rationale Men-

«Wokeness» infiziert die Generation, der es nicht gleich gut geht wie ihren Eltern und Grosseltern.

schen trotz allem in ein komplexes Netz von Regeln, Normen und Werten eingebunden sind, das die weisse Vorherrschaft aufrechterhält oder benachteiligte farbige Menschen und Gruppen ausgrenzt. Es ist aus woker Sicht nicht möglich, sich von diesen ererbten Zwängen ganz zu befreien. Aber, so das Argument, man könne die Machtverhältnisse und Techniken, die das System und die bestehenden Hierarchien stützen, untergraben. Dazu be-

dürfe es jedoch neuer Strukturen und Machtverhältnisse.

Viele Führungskräfte und Verwaltungsräte von Unternehmen sind nichtsahnend und ungewollt – manchmal zwar mit Absicht – in diesen Ideen gefangen. Sie sind eingetaucht in ein ideologisches Paradigma, das vor allem aus westlichen Universitäten kommt. Es ist nicht einfach, den ursächlichen Ursprung dieser komplexen Bewegung zu identifizieren, die auf die Auflösung angeblicher hegemonialer Machtstrukturen zielt. Klar, Unternehmen bestehen aus Menschen, unter ihnen unzufriedene der Generation Z und Millennials; sie machen mit beim Bestreben, Strukturen aufzubrechen und neue Organisationsprinzipien für die Gesellschaft einzuführen.

Davoser Aktivismus

Das Problem ist indessen, dass die «Aufgeweckten» die Macht nicht einfach neutralisieren, sondern sie in den Dienst ihrer eigenen Ziele stellen. Indem sie Systeme und Strukturen kritisieren, errichten sie andere Systeme und Strukturen, in denen sie sich sogleich in Führungspositionen bringen und diejenigen zu beherrschen suchen, von denen sie behaupten, sie hätten sie im Laufe der Geschichte unterdrückt oder beherrscht. Sie ersetzen eine Hegemonie durch eine andere.

Natürlich waren die alten Systeme teilweise problematisch, unvollkommen. Aber sie enthielten Elemente des klassischen Liberalismus, die hart erkämpfte Grundsätze wie Privateigentum, Rechtsstaatlichkeit, Redefreiheit und Gleichheit vor dem Gesetz schützten. Der *wokeism* verzichtet auf diese Prinzipien. Es geht um Macht und Kontrolle. Und das hat zu einer Verquickung von Unternehmen mit Regierungen, von Wirtschaft mit Politik geführt, welche die Macht in der Hand einer kleinen Elite festschreibt.

Man denke nur an das extravagante Spektakel im schönen Ferienort Davos, an den Luxus und Aktivismus beim jüngsten Treffen des Weltwirtschaftsforums, der vielleicht grössten Zusammenkunft selbsternannter einflussreicher Lobbyisten und Spitzenmanager aus allen Ländern und Kulturen, die da jeweils predigen, wie der Planet zu verbessern und die Welt zu gestalten sei. Die fast allgegenwärtige Verherrlichung hochtrabender Umwelt-, Sozial- und Governance-Strategien unter dem Schlagwort ESG (Environment, Social, Governance) zeigt, dass man in der prominenten Führungsschicht offenbar uniform gewillt ist, den Staat einzuspannen, um die Unternehmen – und leider auch alle anderen – nach links zu ziehen.

ESG ist eine Abkürzung dafür, dass Vermögensverwalter, Banker und Investoren bei der Kapitalallokation oder Risikobewertung nichtfinanzielle Vorgaben und Kennzahlen

berücksichtigen sollen. Eine wachsende Koalition von Regierungen, Zentralbanken, NGOs, Vermögensverwaltungsfirmen, Finanzministerien, Finanzinstituten und institutionellen Anlegern befürwortet ESG als langfristige Top-down-Lösung für den Umgang mit angeblichen Sozial- und Klimarisiken. Selbst wenn solche Risiken real sind – ist da ESG die richtige Lösung?

Weltwirtschaftsforum-Teilnehmer würden sich nicht für ESG einsetzen, wenn sie nicht davon profitieren würden. Diese schlichte Tatsache allein diskreditiert ESG nicht, aber sie wirft Fragen nach den Hintergedanken auf: Was ist hier wirklich los? Auf welche Weise werden diese Giganten der Finanzwelt und der Regierungswelt von ESG profitieren?

Ziemlich klar ist die Antwort mit Blick auf die institutionellen Anleger, die dem Aktivismus Vorrang einräumen vor den rein finanziellen Zielen oder Renditen – wobei aktivistische Investoren solche Prioritäten aus juristischen Gründen abstreiten würden. Erst

Für grosse Unternehmen ist «woke» ein Mittel, um den Wettbewerb auszuschalten.

ein Jahrhundert ist es her, dass das breite Publikum einfachen Zugang erhielt zum Kaufen und Verkaufen von Aktien, und die US-Börsenaufsicht SEC, gegründet als Reaktion auf die Grosse Depression, ist nicht mal hundert Jahre alt. Bis vor kurzem war es so, dass die meisten Anleger einfach ihre Aktien verkauften, wenn ihnen nicht passte, was die Firma machte. Eine Stimmabgabe als Aktionär betraf nur wichtige Themen wie Fusionen und Übernahmen.

Heute im Jahr 2023 jedoch bestellen institutionelle Anleger wie Hedge-Funds und Vermögensverwaltungsgesellschaften Verwaltungsräte, üben Stimmrechtsvollmachten aus und publizieren Aktionärsberichte mit dem primären Ziel, Unternehmen zu politisieren. Als Intermediäre investieren sie für Pensionsfonds, Investmentfonds, Stiftungen, Staatsfonds und mehr – all dies im Namen von Begünstigten, die vielleicht wissen, vielleicht auch nicht, welche politischen Anliegen ihr investiertes Vermögen unterstützt.

Wenn ein börsenkotiertes Unternehmen sich *woke* zu verhalten beginnt, sollte man prüfen, welche Parteien wie grosse Kapitalanteile halten und ob unerwünschter Druck seitens der Aktionäre im Spiel ist. Auch die Rolle der externen Stimmrechtsberater ist von Bedeutung für Verhalten und Politik einer Firma.

Für grosse Unternehmen ist *woke* ein Mittel, um den Wettbewerb auszuschalten. Schliesslich können sie sich die Kosten fürs Befolgen der *woke*-Regulierung viel eher leisten als die

kleinen Firmen. Pikant: Institutionelle Anleger warnen öffentlich vor möglichen Risiken staatlicher Regulierung, im gleichen Atemzug lobbyieren sie aber für die Regulierung. Es erstaunt nicht, dass in den USA unter der Biden-Administration neue *woke*-Bundesgesetze entstehen. Einige Unternehmen werden wohl der Börse den Rücken kehren, um den SEC-Vorschriften zur Offenlegung von ESG-Daten zu entgehen, aber die Regulierung wird in anderen Formen auch private Firmen ereilen.

Die Reichsten fühlen sich besser

Die Woken müssten sich eigentlich die Frage stellen, warum sie mit ihren einstigen Feinden aus der Unternehmenswelt kooperieren. Haben sie ihr Engagement gegen Armut aufgegeben für das lukrativere Geschäft mit Identifikationspolitik und Umweltschutz? Haben sie sich verkauft, den sozialen Klassenkampf eingetauscht gegen Dogmatismus zu Rasse, Sexualität und Klimawandel? Da *woke* untrennbar mit ESG verbunden ist, gilt nicht mehr: «Wer *woke* wird, geht pleite.» Gegenwärtig verspricht *woke* Wohlstand, ein Statusmerkmal, eine Eintrittskarte zu Elitestrukturen.

ESG hilft den Reichsten, sich besser zu fühlen, während dies die Kluft zwischen Arm und Reich vergrössert und die Volkswirtschaften in den Entwicklungsländern unverhältnismässig stark belastet. Die ESG-Vorschriften verdrängen die klassischen liberalen Regeln und Institutionen, die für Wettbewerb sorgten, Chancengleichheit schufen, das Wahlrecht ausweiteten, ungerechtfertigte Diskriminierung verringerten, Zutrittshindernisse beseitigten, Unternehmertum und Innovation erleichterten und den Einzelnen befähigten, seine Träume zu verwirklichen und aufzusteigen.

Bald wird es kein Entkommen aus der Politik mehr geben, keine Schutzzonen, wenig Raum für emotionale Distanz, Privatsphäre oder grundsätzliche Neutralität. Es werden parallele Ökonomien für unterschiedliche politische Zugehörigkeiten entstehen. Lärm, Kämpfe, Wut, Ablenkung und Spaltung werden sich vervielfachen; jede alltägliche Handlung wird ein Zeichen für eine grosse Ideologie sein. Da gilt: «Schweigen ist Gewalt.» Es gibt keinen Mittelweg; man muss seine Meinung kundtun, sich für eine Seite entscheiden. Wenn die Fraktionen ihre Macht weiter konzentrieren und zentralisieren, haben die klassischen Liberalen schlechte Wahlmöglichkeiten. Zwang und Nötigung werden über Freiheit und Zusammenarbeit siegen, Kommerz und Kommando werden Hand in Hand gehen.

Allen Mendenhall ist stellvertretender Dekan und Grady Rosier Professor am Sorrell College of Business an der Troy University, wo er auch geschäftsführender Direktor des Manuel H. Johnson Center for Political Economy ist. AllenMendenhall.com